

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Reinhard Opitz

04.07.2024

Vor der Nacht der langen Messer

SA rüstet auf, Reichswehr in Alarmbereitschaft, Mordpläne nehmen Konturen an. Zur engeren Vorgeschichte des 30. Juni 1934 (Teil 2 und Schluss)



gemeinfrei

SA enthaupet und entmachtet. »Sie salutieren jetzt mit beiden Händen« (Karikatur von David Low, 1934)

Reinhard Opitz: Liberalismus – Faschismus – Integration. Edition in drei Bänden, Band III: Die »Röhm-Affäre«, BdWi-Verlag, Marburg 1999, S. 121-141

Vom frühen Morgen des 30. Juni 1934 bis zum 2. Juli regierte in Deutschland der Mord. SS und Gestapo töteten auf Anweisung des Reichskanzlers Adolf Hitler, des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring und des Chefs der politischen Polizei Heinrich Himmler fast alle höheren SA-Führer, darunter Hitlers Duzfreund, den SA-Stabschef Ernst Röhm, ferner den langjährigen »zweiten Mann« der NSDAP, Gregor Strasser, den früheren Reichskanzler und Reichswehrminister Kurt von

Schleicher, dessen engsten Vertrauten General Ferdinand von Bredow sowie Edgar Julius Jung, enger Mitarbeiter von Vizekanzler Franz von Papen. Namentlich nachgewiesen sind 90 Ermordete, insgesamt könnten es bis zu 200 gewesen sein.

Die Nazi-Propaganda präsentierte das Vorgehen als präventive Maßnahme gegen einen angeblich unmittelbar bevorstehenden Putsch durch Röhm. Obwohl es solche Pläne nicht gab, hat sich in der bürgerlichen Geschichtswissenschaft in (West-) Deutschland der damalige Propagandabegriff »Röhm-Putsch« durchgesetzt. Bis heute hält sich dort hartnäckig die Auffassung, die Mordaktion sei eine persönliche Abrechnung gewesen, ein Streit zweier Flügel innerhalb der NSDAP. Viel spricht indessen dafür, dass die Ereignisse Ausdruck eines Richtungskampfs zwischen den mächtigsten Kapitalgruppen waren und zugleich der Motivation folgten, die Krise der noch nicht konsolidierten faschistischen Diktatur mit einem Gewaltstreich zu beenden.

Dieser Frage ist vor allem der marxistische Historiker Kurt Gossweiler in seiner 1983 veröffentlichten Monographie »Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen« nachgegangen. Etwa zur gleichen Zeit arbeitete aber auch der marxistische Politikwissenschaftler und Historiker Reinhard Opitz an einem Buch über die »Röhm-Affäre«. Opitz, der am 2. Juli 90 Jahre alt geworden wäre, konnte seine Arbeit nicht beenden. Er starb am 3. April 1986. 1999 erschienen im Marburger BdWi-Verlag bis dahin unveröffentlichte Texte aus Opitz' Nachlass in einer dreibändigen Edition unter dem Titel »Liberalismus-Faschismus-Integration«. Der dritte Band versammelt das Arbeitsmaterial zum Röhm-Buch. Wir veröffentlichen an dieser Stelle in zwei Teilen (**Teil 1 erschien in der Ausgabe vom 29./30. Juni**) einen redaktionell leicht gekürzten Abschnitt, der sich mit der engeren Vorgeschichte des 30. Juni 1934 beschäftigt. Opitz hatte zu diesem Abschnitt angemerkt: »vor Abschluss abgebrochene und verworfene erste Langfassung«. (jW)

Anfang Februar 1934 hatte Ernst Röhm in einer Denkschrift an das Reichswehrministerium die Unterstellung der gesamten Landesverteidigung unter die Befehlsgewalt der SA verlangt. Diese Forderung war bei der Reichswehrführung auf empörten Widerstand gestoßen und hatte dazu geführt, dass Röhm am 28. Februar 1934 genötigt wurde, mit Reichswehrminister Werner von Blomberg ein Abkommen zu schließen, in dem er sich verpflichtete, auf die weitere Verfolgung der Milizpläne zugunsten des Gedankens eines auf der allgemeinen Wehrpflicht aufzubauenden Massenheeres der Reichswehr zu verzichten und die Reichswehr als »alleinigen Waffenträger der Nation« anzuerkennen.

Röhms »Zweite Revolution«

Hermann Göring und Blomberg hinterbrachte Bemerkungen Röhms im Kreise seiner SA-Führer ließen diese bis nach der Unterzeichnung des Abkommens freilich argwöhnen, ob Röhm das Abkommen ernst nehmen würde. In der Tat intensivierte Röhm jetzt die Bewaffnung der SA, wurden umfangreiche Waffenkäufe vor allem im Ausland getätigt. Und tatsächlich standen die Milizpläne, denen er gegenüber Blomberg abgeschworen hatte, noch im Zentrum seines Gesprächs mit dem französischen Botschafter François-Poncet im Mai und bildeten den Gegenstand der Gespräche auch Kurt von Schleichers mit dem französischen Botschafter.

Wenn der Kampf mit Hitlers Hilfe gewonnen werden sollte, musste die SA, ehe man Blomberg absetzen und Göring aus dem Kabinett ausschließen konnte, allein schon deshalb weiter anwachsen und sich weiter bewaffnen, weil nur der Führer einer sichtlich im Aufschwung begriffenen SA hoffen konnte, von der übrigen Reichswehrgeneralität akzeptiert zu werden. Eine solche Bewaffnung stellte zugleich eine Versicherung gegen eventuell doch ausgelöste Versuche des Göring-Flügels dar, einer Machtverschiebung im Kabinett durch Mobilisierung ihnen ergebener Reichswehrteile zuvorzukommen.

Göring hatte bereits auf die Auslandsnachrichten von einer angeblich bevorstehenden Regierungsumbildung aufs heftigste reagiert und umgehend sämtliche monarchistischen Organisationen verbieten lassen (mit der Folge, dass diese nun um so mehr an die Kreise um den Kronprinzen, Schleicher und Vizekanzler Franz von Papen heranrückten). Zugleich hatte er eine sozialismusedemagogische Kampagne gegen die »Reaktionäre« entfachen lassen, die, wie Goebbels notierte, gegen einige Generäle um Schleicher und die »monarchistischen« Kreise um Papen und Hindenburg gerichtet war.

Aber auch Schleicher und Röhm mussten auf die propagandistische Einstimmung der NSDAP-Mitgliedsmassen und der SA auf die Forderung, Röhm zum obersten Befehlshaber aller »Waffenträger der Nation« zu machen, bedacht sein. Und auch diese propagandistische Einstimmung konnte nur im Namen eines Kampfes gegen die »Reaktion« erfolgen – womit in diesem Falle eben Göring, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, die Schwerindustrie und das Junkertum gemeint waren. Sie konnte an die Unzufriedenheit der SA-Männer über ihre Unterbezahlung im sozialen Elendsjahr 1934 und an ihre nicht in Erfüllung gegangenen Karriereerwartungen in einer zur regulären Armee gewordenen SA anknüpfen. Die Kampagne konnte zudem unmittelbar an die alte Sozialdemagogie der Monate des Schleicher-Strasserschen Querfrontprojekts von 1932 anschließen und in den Ruf nach einer »zweiten Revolution« überführt werden, mit der die an diesen Enttäuschungen schuldigen

»Reaktionäre« beseitigt und die verdienten Kämpfer zur Macht gebracht würden (worunter freilich in Wirklichkeit nur ein Kabinett Schleicher-Röhm gemeint war). Parallel zu dieser Stimmungskampagne erfolgte die Aufrüstung der SA, an der die IG Farben beteiligt waren.

Göring, Walter von Reichenau und Heinrich Himmler inszenierten in dieser Lage ein Manöver, das seine Wirkung nicht verfehlte. Angesichts der hektischen Bewaffnungsbemühungen der SA war es für sie leicht, an nicht eingeweihte ältere Reichswehrkommandeure mittels offenbar gekaufter SA-Leute Nachrichten über angeblich sich unmittelbar im Gange befindliche Putschvorbereitungen der SA überbringen zu lassen. Die von diesen eiligst an ihre nächsthöhere Befehlsstelle gemeldeten Nachrichten führten zu Alarmmaßnahmen in den Reichswehreinheiten, die wiederum von der jeweiligen Truppe am Ort als Symptome eines von der SA vorbereiteten Schlages auf sie aufgefasst wurden, so dass rasch eine Atmosphäre des gespannten wechselseitigen Misstrauens entstand.

Hitler in der Zwickmühle

Hitler, der sich Röhm gegenüber bis zuletzt schwankend gezeigt hatte, war tatsächlich jedoch spätestens seit dem 12. April 1934 auf eine einseitige Entscheidung zugunsten der Reichswehr festgelegt und von Göring und Blomberg in eine Zwickmühle gebracht worden, die ihn unter Zeitdruck setzte und zum Handeln zwang. Bereits am 21. Februar hatte Hitler dem britischen Außenminister Anthony Eden bei dessen Besuch in Berlin eine Verringerung der SA um zwei Drittel und die Verständigung auf ein Überwachungssystem zur wirksamen Unterbindung sowohl weiteren Waffenbesitzes wie auch militärischer Ausbildung der verbleibenden SA angeboten – was ganz im Sinne des Schacht-Göring-Flügels war. Die Auseinandersetzung, die hierauf mit dem empörten Röhm stattfand, hatte jedoch auf Grund der relativierenden Interpretation, die Hitler seinem Schritt und den mit ihm verfolgten Absichten gab, tatsächlich eher eine Wiederbefestigung des Vertrauensverhältnisses zwischen beiden, jedenfalls aber wohl des Vertrauens Röhrs zu Hitler zum Ergebnis; die halboffizielle Duldung der deutsch-französischen Sondierungen durch das Auswärtige Amt sowie die späteren Annäherungsgesten Hitlers gegenüber Strasser schienen das zu bestätigen. Anfang April erhielten Hitler und Blomberg die streng vertrauliche Nachricht, dass es um Hindenburgs Gesundheitszustand bedenklich stehe und mit dem baldigen Tod des Reichspräsidenten zu rechnen sei. Hitler hatte die institutionelle Abhängigkeit vom Reichspräsidenten, in der auch die faschistische Diktaturregierung weniger aus verfassungsrechtlichen Gründen, wohl aber wegen Hindenburgs Eigenschaft als oberster Reichswehrbefehlshaber, verblieben war, stets als missliches Rudiment, als eine dem Gedanken der Führerdiktatur zuwiderlaufende Gewaltenteilung, verstanden (zumal ihm

Hindenburg vor seiner Vereidigung am 30. Januar 1933 ausdrücklich das Versprechen abgenommen hatte, niemals ohne seine Zustimmung eine personelle Veränderung in der Reichswehrführung vorzunehmen). Da zu Lebzeiten des zum Nationalhelden stilisierten greisen Herren eine Korrektur nicht möglich war, erwartete Hitler ungeduldig Hindenburgs Ableben, um an diesem Tage dann durch Vereinigung des Reichspräsidentenamtes mit dem Reichskanzleramt in seiner eigenen Hand dem Fortbestand einer über die militärische Macht gebietenden »Nebenregierung« ein Ende zu bereiten. Gerade das aber gab Göring und Blomberg die Gelegenheit, Hitler unter Handlungsdruck gegenüber der SA zu setzen.

Am 12. April 1934 knüpfte Blomberg in einem Vieraugengespräch mit Hitler die Frage einer Unterstützung des Präsidentschaftswunsches an die Bedingung, dass Hitler zuvor, d. h. noch vor Hindenburgs Tod, allen militärischen Ansprüchen Röhm und der SA ein für allemal ein Ende setze, sie zahlenmäßig reduziere, damit die alleinige Waffenträgerschaft der Reichswehr unmissverständlich gewährleistet sei. Nachdem am 27. April die Verschlechterung von Hindenburgs Gesundheitszustand durch Veröffentlichung eines Kommuniqués allgemein bekannt geworden war, fand am 16. Mai 1934 in Bad Nauheim ein Treffen der höheren Offiziere des Wehrministeriums und der Heeresinspektoren unter dem Vorsitz des Chefs des Heeres, von Fritsch, statt, das dazu diente, die Haltung der Reichswehr zur Frage der Hindenburg-Nachfolge zu erörtern. In diesem Kreis überwogen anfangs die Stimmungen für den Kronprinzen und den gleichfalls vorgeschlagenen General von Epp bei weitem diejenigen für Hitler, bis Blomberg von dessen Zusage berichtete, für die Zustimmung der Reichswehrführung zur Übernahme des Reichspräsidentenamtes durch ihn seinerseits zur Opferung der SA bereit zu sein, was unter den Versammelten zu einem sofortigen Stimmungsumschwung führte.

Damit freilich stand Hitler jetzt nicht nur unter sachlichem, sondern auch unter zeitlichem Zwang. Wollte er Reichspräsident werden (was gegen die Reichswehr nicht möglich war), musste er Hindenburg noch zu dessen Lebzeiten das sichtbare Zeichen der Erfüllung seines der gesamten Reichswehrführung gemachten Versprechens liefern, wollte er nicht Gefahr laufen, von der Reichswehr unter Berufung auf ein von Hindenburg nicht mehr persönlich revidiertes testamentarisches Votum für die Hohenzollern an der Übernahme des Reichspräsidentenamtes gehindert zu werden. Dieser Testamenttext mit dem Votum für die Wiederherstellung der Monarchie, den vermutlich Hindenburgs Neudecker Adjutant Graf von der Schulenburg aufgesetzt hatte, war von Hindenburg soeben erst, kurz vor dem Bad Nauheimer Treffen, am 11. Mai 1934, unterschrieben worden.

Papens Marburger Rede

In eben diesen Tagen, ab Mitte Mai 1934, beginnen Göring und Himmler mit der Aufstellung von Ermordungslisten für den Tag des »Zuschlagens«, der für Mitte Juni ins Auge gefasst wird. Dass es ihnen dabei von Anfang an um die Ausschaltung der Protagonisten des konkurrierenden Kapitalflügels insgesamt und keinesfalls nur um Röhm und die SA geht, beweist der Umstand, dass Heinrich Brüning bereits Ende Mai Warnung vor solchen Listen erhielt, auf denen sein Name sowie die Namen von Treviranus, einem eng den IG Farben verbundenen Mann, von Schleicher, Papen und Strasser stünden und er wie die genannten anderen, wenn sie ihrer Ermordung entgehen wollten, bis spätestens zum 14. Juni 1934 das Land verlassen haben sollten.

Brüning folgt dieser Warnung und flieht noch Ende Mai nach Holland und von da aus nach London. Schleicher hingegen begibt sich, als ihn die gleiche Warnung erreicht, nur in einen kurzen Urlaub und kehrt, die Warnung nicht ernstnehmend, Mitte Juni wieder nach Hause zurück.

Dass Brüning, der sich nach außen, programmgemäß, strikt »zurückhielt«, tatsächlich tief in die Vorbereitungen eines Machtumschwungs durch den Kreis um Schleicher und Röhm eingebunden und letztendlich sogar in deren eigentlichem Zentrum stand, geht daraus hervor, dass ihm der Wortlaut von Papens am 17. Juni 1934 in Marburg gehaltener Rede, deren Verfasser Edgar Julius Jung war und die der Startschuss der letzten Etappe auf dem Wege zum 30. Juni wurde, bereits Ende April, spätestens aber Anfang Mai von Edgar Julius Jung mit der Frage zugesandt worden war, in wessen Hände er sie am besten legen solle, und Brüning dringend davor gewarnt hatte, sie Papen zu geben.

Diese Rede Papens an der Marburger Universität war unverkennbar als Initialfunke eines Revirements in der faschistischen Führung konzipiert. Ihre eigentümliche Widersprüchlichkeit – einerseits Absage an »das Gerede von der zweiten Welle, welche die Revolution vollenden werde«, andererseits aber, offenkundig gegen die Linie von Göring, die »Vorherrschaft einer einzigen Partei« als »Übergangszustand« zu bezeichnen, »der nur solange Berechtigung hat, wie es die Sicherung des Umbruchs verlangt«, ist wohl nur so verstehen, dass es Papen und bestimmten Herrenhauskreisen auch jetzt noch nur darum zu tun war, ihren verlorengegangenen eigenen Einfluss im Kabinett wiederherzustellen. Dafür spricht, dass Papen nach Brünings Zeugnis in seinem Herrenclub mit Schleicher und ihm nicht abgestimmte Kabinettlisten aufzustellen suchte.

Für Göring und Hitler war Papens Rede gleichwohl der letzte und womöglich willkommene Auslöser für die endgültige Terminierung der seit Mai geplanten Aktion. Immerhin war die

verdeckte Propagierung der Monarchie ein unmittelbarer Stoß auch gegen die Schacht-Thyssen-Gruppe zugunsten der Papen- und Hugenberg-Kreise der Schwerindustrie und der Agrarier in Hindenburgs Kreis, und unzweifelhaft stellte die Monarchieforderung auch die programmatische Brücke zwischen jenen Kreisen und dem Brüning-Schleicher-Kreis dar, über die die beiden einstmals getrennten Gruppierungen der schwerindustriellen »Jungkonservativen« und der neuindustriellen »Volksdemokraten«, »Sozialisten« und Reformler sich nun sichtbar aufeinander zubewegten und zu einer einzigen Opposition zusammenzukommen drohten.

Die Veröffentlichung von Papens Marburger Rede wurde unverzüglich verboten. Die einzige Zeitung, die sie von sich aus im Vorabdruck veröffentlicht hatte, war interessanterweise die 1929 von der IG Farben übernommene *Frankfurter Zeitung*. Am Tag nach der Rede setzten Göring und Hitler das endgültige Datum der Aktion, den 30. Juni 1934, fest. Spätestens jetzt wurde Reichenau hinzugezogen, der zumindest zweimal vor dem 30. Juni 1934 mit Göring über die Liste der Opfer persönlich konferierte. Freilich sollte das ganze Unternehmen den Eindruck erwecken, als habe die Reichswehr mit ihm nichts zu tun. Dieser Eindruck war in der Praxis selbst nicht leicht herstellbar, da zwar die Reichswehreinheiten nicht zur Durchführung der Exekution benötigt wurden, Göring und Blomberg es aber angesichts des überlegenen Potentials einer immerhin doch beachtlich bewaffneten SA für ratsam hielten, die Reichswehr bei Beginn der Aktion im Reichsgebiet in Alarmbereitschaft zu versetzen.

Görings Mordlisten

Hitler schien noch bis Mitte Juni, trotz der von Göring und Himmler längst erstellten und im emsigen Austausch täglich ergänzten Mordlisten, zu einer gewaltsamen Liquidation der SA und Röhm nicht entschlossen gewesen zu sein. Er und der über seine Frau Magda Quandt in den Kalikonzern Wintershall eingeheiratete Goebbels beurteilten das Stärkeverhältnis zwischen den beiden rivalisierenden Lagern offenbar bis zum letzten Augenblick als nicht eindeutig; sie versuchten daher, sich durch abwartendes, doppeldeutiges Verhalten nach beiden Seiten hin die Türen offenzuhalten.

Noch als Hitler am 4. Juni 1934 mit Röhm – der über Hitlers Angebot, die SA auf 700.000 Mann zusammenschrumpfen, empört war – eine längere Aussprache hatte, in der er ihn abermals besänftigte und ihm unter Verweis auf die Beunruhigung der Reichswehrgeneralität über die SA riet, sie zur Abkühlung der gereizten Stimmung für eine Weile aus dem Blickfeld zu nehmen und in Urlaub zu schicken, ist nicht sicher, ob dies tatsächlich seine Überlegung gegenüber Röhm oder nicht schon eine List war. Röhm jedenfalls hätte es kaum wagen können, seinen am gleichen Tage herausgegebenen vielzitierten Urlaubsbefehl an die SA mit

einer Warnung an »die Feinde der SA« zu versehen, wenn dies dem Inhalt des Gesprächs mit Hitler frontal zuwidergelaufen wäre.

So waren für Göring und Blomberg noch einige weitere Anstrengungen erforderlich, um Hitler für die Mordaktion zu gewinnen. Den Anlass hierzu bildet die Papen-Rede. Am Tage nach Papens Marburger Auftritt erscheint Göring bei Hitler und drängt ihn, der drohenden Regierungskrise durch ein Losschlagen gegen die SA den Boden zu entziehen. In einer Rede Görings vor dem Preußischen Staatsrat einen Tag später, am 19. Juni 1934, findet sich die erste unverhohlene Drohung und indirekte Ankündigung eines Gewaltschritts gegenüber dem Lager Röhm-Strasser-Schleicher. Göring in dieser Rede: »Wünscht der Führer die zweite Revolution, dann stehen wir, wenn er es wünscht, morgen auf der Straße. Wünscht er sie nicht, dann werden wir jeden unterdrücken, der gegen den Willen des Führers eine solche machen will.«

Am darauffolgenden Tag, am 20. Juni 1934, empfängt Hitler von Papen, der sich über das Verbot seiner Rede beschweren will und für den Fall, dass es nicht aufgehoben wird, mit seinem Rücktritt droht. Hitler gelingt es, ihn von der Unmöglichkeit einer Aufhebung des Veröffentlichungsverbots mit dem Hinweis zu überzeugen, dass Vorbereitungen zur Dezimierung der SA und zur Absetzung der Röhmischen SA-Führergruppe im Gange seien, auf die die SA durch eine Aufhebung des Redeverbots vorzeitig aufmerksam gemacht würde. Papen äußert gleichwohl seine Absicht, von den Vorgängen Hindenburg zu berichten. Dies muss Hitler als ein Alarmsignal nehmen, da Papen Hindenburg in der Frage der Reichspräsidentennachfolge endgültig gegen Hitler einnehmen könnte. Er beschließt daher, Papen zuvorzukommen.

Als Hitler jedoch am 21. Juni 1934 in Neudeck eintrifft, empfängt ihn von Reichenau auf der Treppe des Schlosses und teilt ihm in ultimativem Ton mit, dass Hindenburg auf der alsbaldigen Einlösung des Versprechens an Blomberg bestehe und andernfalls Hitler das Vertrauen zu entziehen beabsichtige. Hindenburg werde den Belagerungszustand verhängen und die Kontrolle der Staatsgeschäfte der Armee übertragen, wenn Hitler nicht in der Lage sei, die gespannte Situation zu beenden, also gegen die SA vorzugehen.

Nach diesem Neudeck-Besuch zieht sich Hitler für zwei Tage auf den Obersalzberg zurück. In den beiden Tagen scheint er sich endgültig zum Vorgehen gegen Röhm entschlossen zu haben. Am 24. Juni 1934 gibt er dem Berliner Korrespondenten des *News Chronicle* ein Interview, in dem er seine Absicht bestätigt, die SA als Militärorganisation aufzulösen, und hinzufügt: »Und wenn es sich darum handelt, selbst Freunde aus den ersten Tagen über Bord

zu werfen, so muss auch das geschehen, wenn ein solches Opfer für die Sicherung des Vormarsches notwendig werden sollte.«

Am 25. Juni 1934 ordnet Blomberg für von ihm ausgewählte, zuverlässige Reichswehreinheiten Alarmbereitschaft an und lässt mitteilen, dass die SA einen Putsch plane, die SS hingegen als Kombattant der Reichswehr anzusehen sei. Am 27. Juni 1934 folgt Göring mit einer Rede in Hamburg, bei der er sich als Exekutor eines angedeuteten kommenden Schlages vorstellt. Wer gegen das Vertrauen der NS-Führung sündige, sagt er, der »hat sich um seinen Kopf gebracht, sollte eines Tages das Maß übertoll sein, dann schlage ich zu«. Einen Tag später, am 28. Juni, wird die SS, die über eine Stärke von 300.000 Mann verfügt, in Alarmbereitschaft versetzt.